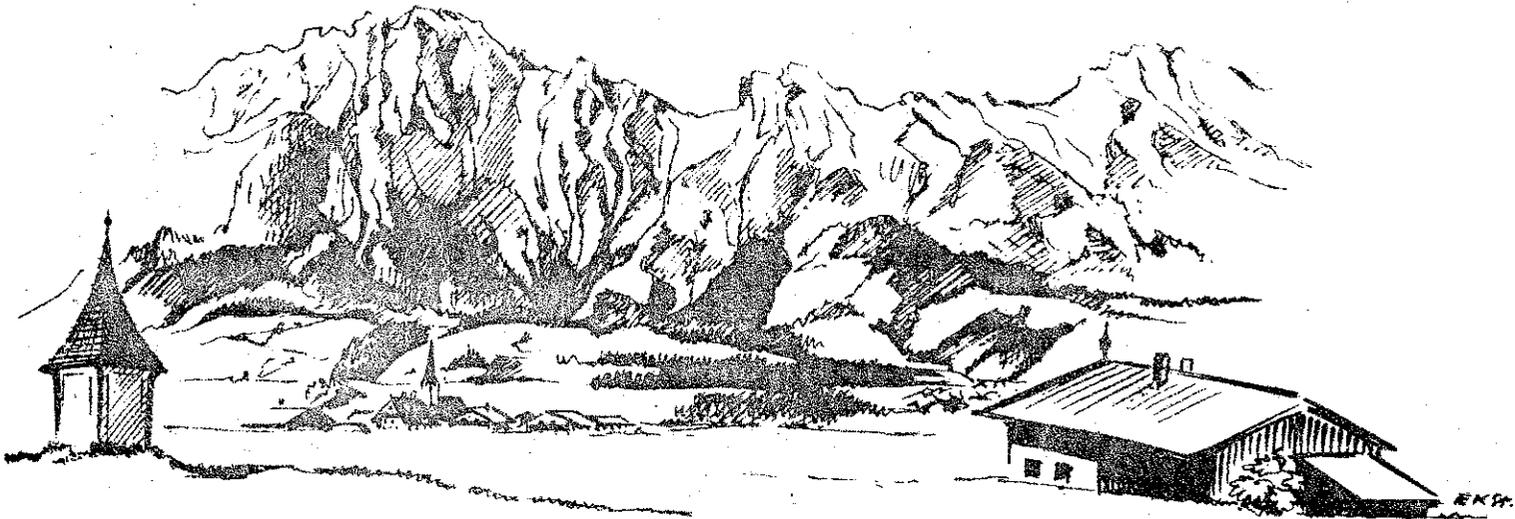


BÜRGERMEISTERBRIEF



An eine
Wohnpartei

Leogang, im Dezember 1966
Porto bar bezahlt

Folge 12

Liebe Leoganger Mitbürger!

Mit $90,3 \text{ km}^2$ gehört Leogang zu den flächenmäßig großen Gemeinden des Landes Salzburg. Diese Größenordnung kommt besonders dann deutlich zum Ausdruck, wenn man berücksichtigt, daß davon ein großer Teil Siedlungsgebiet ist. Wenn es auch in der Umgebung einige größere Gemeinden gibt wie z.B. Kaprun ($100,3 \text{ km}^2$) oder Alm ($125,4 \text{ km}^2$), so muß dabei in Betracht gezogen werden, daß diese Gemeinden zum Teil jedoch über ein kleineres Siedlungsgebiet verfügen.

Jedenfalls ist das Verhältnis der Größe des Gemeindegebietes zur Bevölkerungszahl ungünstiger als in vielen anderen Gemeinden. So hat beispielsweise Hallein eine Flächenausdehnung von $26,9 \text{ km}^2$ bei einer Bevölkerungszahl von rd. 13 300, in Bischofshofen steht einer Flächenausdehnung von $49,6 \text{ km}^2$ eine Bevölkerungszahl von rd. 8 300 gegenüber, während in Schwarzach bei einer Fläche von 3 km^2 gar 3 200 Bewohner zu verzeichnen sind. Bei den bevölkerungsreichsten Gemeinden des Bezirkes schaut es so aus: Zell am See $55,5 \text{ km}^2 = 6 500$ Einwohner; Saalfelden $118,9 \text{ km}^2 = \text{rd. } 8 900$ Einwohner.

Aus dieser Gegenüberstellung sieht man, daß die Gemeinde Leogang öffentliche Einrichtungen für ein im Verhältnis zur Bevölkerungszahl

großes Siedlungsgebiet einrichten und erhalten muß. Dies aber mit einer finanziellen Leistungskraft, die weit unter der der angeführten Gemeinden liegt.

Es wird vielleicht einmal bei anderer Gelegenheit interessant sein, den Verhältnis Bevölkerungszahl zum Siedlungsgebiet die Finanzkraft der einzelnen Gemeinden gegenüber zu stellen, um so zu sehen, mit welchen Mitteln die Aufgaben bewältigt werden müssen.

Ich schicke das deshalb voraus, um Verständnis dafür zu erwecken, daß es der Gemeinde mit bestem Willen nicht möglich ist, alle an sie herangetragenen Probleme auf einmal zu lösen.

Zu den kostspieligsten öffentlichen Einrichtungen gehören die Verkehrseinrichtungen, also Straßen, Brücken und Wege.

Bei den Gemeindestraßen unterscheidet das Salzburger Landesstraßengesetz zwei Kategorien, die sich dadurch unterscheiden, daß die Gemeindestraßen erster Klasse von der Gemeinde aus ihren Mitteln und mit ihren Organen erhalten werden müssen, während für die Erhaltung der Gemeindestraßen zweiter Klasse die Gemeinde das Bau- und Schottermaterial beizustellen hat, wobei die Zufuhr des Materials auf den Verwendungsplatz und die Durchführung der Straßenerhaltung mit diesem Material den Anrainern und den übrigen Interessenten zukommt.

Die Aufwendungen für die Errichtung und Erhaltung der Straßen, der Brücken und der Wege nehmen in den Jahren 1965 bis 1967 den größten Teil des Budgetvolumens ein. Die Gemeinde ist nämlich durch zweierlei außerordentliche Belastungen in diesem Punkte besonders beansprucht:

1) Die vorzeitige Übernahme der Gemeindestraße als Landesstraße war nur möglich, weil sich die Gemeinde bereit erklärt hat, durch 5 Jahre die Wegmacherkosten für diesen Straßenteil zu übernehmen. Hierfür sind jährlich über 160.000,-- S an die Landesregierung zu zahlen.

2) Der Neubau der Landesstraße verpflichtet die Gemeinde, den Grund hierfür kostenlos zur Verfügung zu stellen, was mit anderen Worten bedeutet, daß die Gemeinde die Grundablöse durchführen muß.

Für Grundablösen sind in diesen 3 Jahren folgende Beträge zu zahlen:

1965	427.000,-- S
1966	80.000,-- S
1967	<u>900.000,-- S</u> , also zusammen
	1.407.000,-- S

Für Straßeninstandhaltungsarbeiten, für die Ablösung der Wegmacherkosten und für Kosten der Errichtung und Instandhaltung von Brücken wurden 1965 492.000,-- S ausgegeben, während 1966 dafür 600.000,-- S präliminiert sind und der Ansatz 1967 sogar 950.000,-- S beträgt.

Nicht gerechnet sind hierbei noch die eigenen Wegmacherkosten, die für 3 Jahre ungefähr 160.000,-- S (einschließlich Sozialversicherungsbeiträge und Kinderbeihilfenbeträge) ausmachen. Somit ergibt sich für 3 Jahre allein für die Lösung der Straßenfragen ein Budgetaufwand von über 3.600.000,-- S. Bei einem ordentlichen Budget von 3 Millionen Schilling bedeutet dies, daß jedes Jahr mehr als ein Drittel allein für die Instandhaltung und Errichtung von Straßen, Brücken und Wegen aufgewendet wird. Dabei sind noch keinerlei Straßenasphaltierungsarbeiten inbegriffen.

Wenn daher heute von einzelnen Gemeindebürgern mit Vehemenz die Asphaltierung von Straßenteilen in bestimmten Ortschaften gefordert wird, so kann dem so lange nicht zugestimmt werden, als nicht die Finanzierung sichergestellt ist. Ähnliches gilt für die vielfach vorgebrachten Wünsche, eine Gemeindestraße zweiter Klasse als Gemeindestraße erster Klasse zu qualifizieren, d.h., damit auch die Instandhaltung zur Gänze von der Gemeinde übernehmen zu lassen.

Ich bin der letzte, der bestreiten wollte, daß die Straßenverhältnisse in Leogang absolut unbefriedigend sind, und es wäre mir nichts lieber, als mitteilen zu können, daß jetzt schon eine Generalsanierung der wichtigsten Verbindungswege möglich ist. Im derzeitigen Stadium jedoch eine solche Maßnahme forcieren, hieße, andere wichtige Aufgaben der Gemeinde zurückzustellen. Man kann der Gemeinde wirklich nicht den Vorwurf machen, für die Straßen zu wenig zu tun und man wird einsehen müssen, daß die Herstellung zufriedenstellender Straßenverhältnisse doch erst dann möglich sein wird, wenn die Straßengrundeinlösen abgeschlossen und auch die finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Land Salzburg hinsichtlich der Wegmacher-Ablösekosten erfüllt sind. Dann werden jedes Jahr ziemlich erhebliche Mittel frei, die für die Verbesserung der Straßen verwendet werden können.

Wenn man vereinzelt den Vorwurf erhebt, für andere Anliegen der Gemeinde Geld zu haben, wobei man vorwiegend den Fremdenverkehr und die dafür notwendigen Einrichtungen meint, so muß dem folgendes entgegengehalten werden: Gerade in diesen Tagen beweist sich schlagend die Richtigkeit der Finanzpolitik der Gemeinde. Wir mußten leider mit Betrübnis zur Kenntnis nehmen, daß einige unserer Gemeindebürger, die auswärts arbeiten, wegen Betriebseinschränkung entlassen wurden, und wir haben mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß 38 der 45 am Spielberg arbeitenden Bergleute nach Hintertux überstellt werden. Dies bedeutet für die Gemeindefinanzen sowohl einen Gewerbesteuerausfall nicht unbedeutlichen Ausmaßes, als auch einen erheblichen Rückgang der Lohn-

summensteuer. Wenn man nun weiter berücksichtigt, daß die Lage auf dem Holzsektor zur Zeit sehr angespannt und mit einer Erleichterung nicht sobald zu rechnen ist, muß auch eine Einbuße des Sägewerkertrages befürchtet werden, was in weiterer Folge ebenfalls zu Steuereinbußen führt. Auch die Bauwirtschaft ist außerordentlich konjunkturabhängig und niemand kann die Garantie übernehmen, daß die Vollbeschäftigung im Baugewerbe in diesem Ausmaße erhalten bleibt, wie auch eine verantwortungsbewußte Finanzpolitik darauf Rücksicht nehmen muß, daß durch notwendige Investitionsmaßnahmen eines Unternehmens Gewerbesteuerückgänge eintreten können.

Wenn nun aber unsere finanzkräftigsten Unternehmen teils ihren Betrieb einschränken, teils durch die Marktlage nurmehr kostendeckend arbeiten, so muß sich zwangsläufig eine dementsprechende Auswirkung auf die Gemeindefinanzen ergeben.

Deshalb erscheint es mir richtig, daß die Gemeinde bestrebt ist, den Fremdenverkehr in Leogang zu forcieren, der nicht nur dem größten Teil der Bevölkerung Vorteile bringt, sondern auch bei der derzeitigen Zusammensetzung des Gästebestandes nicht allzusehr krisenanfällig zu sein scheint. Ohne, wie ich schon betonte, den Wert ordentlicher Straßen und Wege zu verkennen, muß ich doch die Frage stellen, womit der Gesamtheit der Gemeindebürger mehr gedient ist: Wenn ein bestimmter Betrag für die Schaffung von Fremdenverkehrseinrichtungen aufgewendet wird, die in weiterer Folge dauernd Einnahmen bringen, oder aber, ob der gleiche Betrag zur Sanierung von Straßen herangezogen wird. Ich bin der Meinung, daß mit den Mehreinnahmen, die mit Hilfe der Fremdenverkehrseinrichtungen durch verstärkten Gästezustrom erzielt werden, die Straßenprobleme leichter gelöst werden, als im umgekehrten Falle. Wir dürfen uns nicht in die Lage jenes Bauern begeben, der sein ganzes Geld für die Schaffung guter Wege ausgab und der dann keine Mittel mehr hatte, Saatkartoffel und Kunstdünger zu kaufen. Oder was würden Sie von einem Zimmermann halten, der sich einen schönen Arbeitsanzug kauft, wenn aber dann das Geld fehlt, das notwendige Werkzeug anzuschaffen?

Ich bitte deshalb, versichert zu sein, daß die Gemeindevertretung den Straßenproblemen die notwendige Aufmerksamkeit schenkt. Die gewaltigen finanziellen Anstrengungen in den Jahren 1965, 1966, 1967 stellen dies mehr als viele Worte unter Beweis. Ich muß aber nochmals um Verständnis bitten, wenn nicht alle Wünsche sofort erfüllt werden können. Für uns muß doch immer auch maßgebend sein, welchen wirtschaftlichen Effekt eine Maßnahme hat. Zudem muß auf die Finanzierungsmöglichkeit

Bedacht genommen werden, weil meines Erachtens eine Finanzierung von Straßenbaumaßnahmen mit Normalkredit wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

Es wird auch manchmal die Ansicht vertreten, die Brückensanierungen müßten nicht in dieser Solidität erfolgen. Wir sind aber zur Ansicht gekommen, daß es auf die Dauer gesehen für die Gemeinde billiger sein wird, alle Widerlager zu betonieren, als Holzwiderlager alle 12 bis 15 Jahre erneuern zu müssen. Deshalb wird der durch die Errichtung von Betonwiderlagern bedingte höhere Aufwand in Kauf genommen. Vielleicht trägt die solide Ausführung der Brückenbauten auch dazu bei, die ohne Zweifel immer vorhandene Hochwassergefahr zu mindern.

Es mag in diesem Zusammenhang auch Verständnis finden, daß die Gemeinde sich nicht dazu entschließen konnte, jetzt schon die Schneeräumung aller Straßen auf eigene Kosten durchzuführen. In den vorgenannten Kosten sind nämlich die Schneeräumkosten noch gar nicht enthalten, so daß zusammen mit einigen anderen, ebenfalls die Instandhaltung von Straßen betreffenden Ausgaben, der tatsächliche Aufwand ja noch höher anzusetzen wäre. Das Gemeindefahrzeug hat natürlich nur eine begrenzte Leistungsfähigkeit. Würde es überfordert, so müßte mit einem baldigen Verschleiß und dadurch der Notwendigkeit der Anschaffung eines neuen Fahrzeuges gerechnet werden. Die Gemeinde wird sich aber bemühen, die Schneeräumwünsche, wenn auch gegen Verrechnung, soweit als möglich zu erfüllen.

Es würde mich freuen, wenn es mir mit diesen Zeilen gelungen wäre, für das Problem der Asphaltierung, der Übernahme als Gemeindestraße erster Klasse und anderem mehr Verständnis zu finden und vor allem in Ihnen, meine lieben Mitbürger, den Eindruck zu festigen, daß die Gemeindevertretung um diese Probleme wohl Bescheid weiß, deren Lösung aber im Interesse einer geordneten Wirtschaftsführung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben muß.

Fremdenverkehrsprobleme

Bei der letzten Sitzung des Gebietsverbandes Pinzgauer Saalachtal wurde mit Befriedigung vermerkt, daß die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Bereich des Gebietsverbandes sehr zufriedenstellend verläuft. Während die Zuwachsrate im ganzen Land Salzburg 2 % betrug, hatte der Gebietsverband Pinzgauer Saalachtal eine Zuwachsrate von 6 %. Innerhalb des Gebietsverbandes steht Leogang mit einer Zunahme von 19,6 % seit 1964 hinter St. Martin an zweiter Stelle.

Bei dieser Sitzung hat Bürgermeister Färbinger sehr interessante Vergleichszahlen aus Italien bekannt gegeben, die zum Teil das bestätigen, was ich schon in letzten Bürgermeisterbrief vorschlug. So hat er Stati-

stiken entnommen, daß z.B. Bibione an der Adria vor 10 Jahren über 304 Betten verfügte, jetzt sind es mehr als 4000 Betten, Caorle hatte 1955 400 Betten, 1965 7732 Betten, was die Anstrengung Italiens einerseits beweist und andererseits aber auch die Konkurrenz, die unserer Gegend daraus erwächst, deutlich macht. Insgesamt ist der Fremdenverkehr in diesen Gebiet in den letzten Jahren um mehr als 230 % gestiegen, gegenüber 132 % in Lande Salzburg. Besonders interessant ist die Tatsache, daß in den italienischen Badeorten immer mehr Komfort geboten wird. In Jesolo verfügen mehr als die Hälfte der gewerblichen Zimmer über eigenes Bad und Klo und mehr als ein Drittel der Privatzimmer können mit eigenem Bad und Klo angeboten werden. Wenn ich deshalb in meinem letzten Bürgermeisterbrief meinte, bei Neu- und Umbauten sollte auf den Einbau eigener Bäder Bedacht genommen werden, so habe ich damit auf jenen Trend hingewiesen, der in Zukunft immer stärker die Vermietmöglichkeit bestimmen wird.

Sehr in Mode scheint das Skiwandern zu kommen. Seefeld hatte damit in den letzten Jahren ganz große Erfolge, und es wäre zu überlegen, ob nicht auch in Leogang solche Skiwanderpisten geschaffen werden sollten. Ebenso wären Überlegungen anzustellen, wieweit wir Familienurlaube forcieren sollten. Bekanntlich haben Familien mit kleineren Kindern oft Schwierigkeiten unterzukommen, weil die Kinder nicht überall erwünscht sind. Es hat sich herausgestellt, daß Orte, die sich dieser Familienurlauber besonders annehmen, steigende Nächtigungszahlen zu verzeichnen haben und sich vor allen einen Kundenstock schaffen, der sehr stabil ist.

Schließlich wurde noch die Schaffung des schon vielfach üblichen Dritten-Preises (Zwischensaisonpreis) angeregt.

Besonders verwiesen wurde aber auf einen Unstand, der den Verkehrsvereinen sehr viel Sorge macht: Es ist dies die Abwerbung durch Private in der Weise, daß die durch das Reisebüro vermittelten Gäste angesprochen werden, in Zukunft direkt, also unter Ausschaltung des Reisebüros, zu buchen, weil dadurch die Vermittlungsgebühren erspart würden. Dieses Verhalten erweist sich als Bumerang. Wenn nämlich die Reisebüros von solchen Abwerbungen erfahren, streichen sie rigoros diesen Ort aus ihrem Reiseprogramm, was unter anderen auch bedeutet, daß der Ort in keinem der Prospekte des entsprechenden Reisebüros mehr aufscheint. Dadurch wird durch das Verhalten einiger weniger die ganze Aufbauarbeit des Verkehrsvereins gefährdet, und es kann in sehr schlimmen Fällen passieren, daß dadurch in einem Jahr ein erheblicher Prozentsatz der Gäste ausfällt, weil sich die Reisebüros weigern, mit diesen Ort noch Kontakte zu pflegen.

Ich schließe mich deshalb der Bitte an, keinerlei Abwerbung von Reisebürogesten zu versuchen, weil damit auf die Dauer gesehen nicht nur der einzelne, sondern mehr noch der ganze Ort geschädigt würde.

Der Verkehrsvereinsobmann Dr. Wittauer gibt bekannt:

"Da sich unsere bestbewährte Geschäftsführerin, Frl. Kathi Neumayer, nach auswärts verheiraten und damit ihre Stellung beim Verkehrsverein aufgeben wird, ist der Posten des Geschäftsführers des Verkehrsvereines mit Beginn des Monats März 1967 frei und wird damit ausgeschrieben.

Alle Bewerber, die die Stelle Frl. Neumayers in Zukunft einnehmen wollen, werden hiernit eingeladen, ihre Bewerbung mit annähernder Angabe ihrer Gehaltsforderungen im Verkehrsbüro bis 10.1.1967 abzugeben. Die Anstellung könnte bzw. müßte ab 1.2.1967 erfolgen, damit die neue Kraft noch von Frl. Neumayer eingeführt und eingeschult werden könnte. Darüber hinaus stehen die Funktionäre des Ausschusses für persönliche Rücksprachen, diese Ausschreibung betreffend, gerne zur Verfügung.

Der Verkehrsvereinsobmann nimmt überdies diese Gelegenheit wahr, allen Vereinsmitgliedern und Funktionären ein frohes Weihnachtsfest und ein segensreiches Neujahr zu wünschen."

Sport- und Erholungszentrum

Die Arbeiten am Schwimmbad und am Kabinentrakt sowie an den übrigen Anlagen gehen im großen und ganzen planmäßig vor sich. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, die wichtigsten Baulichkeiten und Anlagen bis zum Beginn des Sommers 1967 fertig zu stellen, um bereits im kommenden Jahr diese Einrichtungen zur Verfügung zu haben.

Haben Sie übrigens die Feststellung, bei der Freudenverkehrstagung vom 13.12.66 in Salzburg, gelesen, wonach Orte ohne Schwimmbad im Sommer gar nicht mehr angeboten werden können?

Leider fehlt für die Anlage noch ein zugkräftiger Name. Die Bezeichnung Sport- und Erholungszentrum wird auf die Dauer nicht genügen, weshalb ich alle Mitbürger bitte, sich Gedanken über die Bezeichnung der Erholungsanlagen zu machen. In Frage kommt sowohl ein Eigennamen in Verbindung mit den Aufgabenzweck der Anlagen, als auch eine ins Ohr gehende Abkürzung. Wenn ich mir vorstelle, daß man z.B. sagen könnte, "Freizeitzentrum Treffpunkt", so soll dies nur eine Anregung sein, wie die Frage beantwortet werden könnte.

Bitte reichen Sie Vorschläge entweder beim Verkehrsverein oder im Gemeindeamt ein; für den treffendsten Namen setze ich einen Preis von 100,-- S, für den zweiten einen solchen von 50,-- S aus.

Mit Beginn der Sommersaison soll das Büffet verpachtet werden. Es wird hiernit innerhalb der Gemeinde öffentlich zur Verpachtung ausgeschrieben. Die Pachtbedingungen sind in Gemeindeamt zu ersehen, und Interessenten werden gebeten, in den Pachtvertragsentwurf Einsicht zu nehmen.

Voraussichtlich wird, besonders bei ungenügender Angebotstellung, die Verpachtung in einer Landeszeitung ausgeschrieben werden.

Ich bitte deshalb, bis Ende Jänner 1967 entsprechende Angebote zu unterbreiten.

Wasserleitung

In Novenber fand die Kollaudierung der Gemeindewasserleitung statt. Der Vorsitzende der Kollaudierungskommission stellte mit großer Befriedigung fest, daß die Leoganger Wasserleitung nicht nur sehr ordentlich, sondern auch sehr zweckmäßig und schön errichtet wurde. Nach seiner Meinung gibt es nicht viele Wasserleitungsanlagen im Lande, die sich mit unserer Wasserleitung messen können. Deshalb wiederhole ich meinen bei der Gemeindeversammlung ausgesprochenen Dank an alle Gemeindearbeiter, an die Mitarbeiter sowie an alle Wasserleitungsinteressenten, die durch Arbeits- und Entgeltleistungen dazu beigetragen haben, das Wasserversorgungsproblem für die nächsten Jahre zu lösen.

Müllabfuhr

Die Müllabfuhrordnung setzt fest, daß ein jährlicher Mindestbeitrag in Höhe der Kosten von 10 Müllsäcken (in der Regel dzt. 55,-- S) zu entrichten ist. Wer also heuer noch keine Müllsäcke bezogen hat und dies auch nicht bis 31.12.1966 nachholt, bekommt in Jänner die Vorschreibung über den Mindestbeitrag 1966.

Der Bürgermeister von Ebenau schrieb mir am 14.12.1966 unter anderem: "Wir haben unsere Müllabfuhr ganz nach Ihren Muster eingerichtet. Es gab wohl auch einige Aufregungen und Proteste, aber im großen und ganzen ist die Sache bei der Bevölkerung gut angekommen und würde nach dieser kurzen Zeit kaum mehr wegzudenken sein."

Kanzleidienst in der Gemeinde

Ab 1. Jänner 1967 wird das Gemeindeamt am Mittwoch Nachmittag inner geschlossen sein. Damit wird den Kanzleiangeestellten die Möglichkeit gegeben, wenigstens einmal in der Woche ihre privaten Angelegenheiten zu besorgen, nachdem ihnen der Samstag Vormittag hierzu keine Gelegenheit läßt. Diese Mitteilung erfolgt deshalb, weil bisher auch außerhalb der

Bürostunden wichtige Angelegenheiten in der Gemeinde parteiverkehrsmäßig zu besorgen waren.

Personelles

Josef Riedlsperger sen., Reiterbauer, war durch mehr als 30 Jahre Fleischbeschauer der Gemeinde. Sein Gesundheitszustand zwang ihn, dieses Amt zurückzulegen. Ich habe Herrn Riedlsperger namens der Gemeindevertretung für seine so nützliche, auch in sehr schwierigen Zeiten klaglos verlaufene Tätigkeit gedankt und ihm meine und der Gemeindevertretung beste Wünsche übermittelt.

Unsere Kanzleibedienstete Helga Gruber legte im November mit Erfolg die Beantennatura ab. Hierzu ist ihr ebenso zu gratulieren wie Herrn Holnut Veider, der im Februar ds. Js. nach überaus anstrengenden Studium mit gutem Erfolg maturierte.

Unser Entwicklungshelfer Gottfried Danzl hat sich in Guatemala schon recht gut eingelebt. Er arbeitet in rd. 2400 m Höhe, hat dadurch nicht mehr so unter der Hitze zu leiden und ist dadurch auch weniger den Tropenkrankheiten ausgesetzt.

Zusammen mit Pater Louis, einen Untersteyrer, hat er im Pfarrhaus ein Zimmer. Die einheimische Köchin setzt ihnen vorwiegend Speisen aus Mais, Reis, Bohnen, viel Grünzeug und Obst vor. Er selbst fühlt sich recht wohl, wenngleich die Gegend durch die politischen Verhältnisse von Zeit zu Zeit etwas unruhig ist; er hat aber so viel Arbeit und Abwechslung, daß er dafür nicht allzuviel übrig hat. Mit den Eingeborenen versteht er sich schon recht gut, auch sprachlich, und ich bin überzeugt, daß er ihnen bald eine große Hilfe sein wird.

Er schreibt, daß er momentan sehr häufig unterwegs ist, besonders in den Maisfeldern, so daß die indianischen Bauern Pater Louis berichten, daß sie es erübrigen könnten, Vogelscheuchen auf das Feld zu stellen, seit Gottfried inspiziert. Gottfried freut sich sicher sehr über Post aus der Heimat. Wenn ihm jemand schreiben will, hier ist seine Adresse: Gottfried Danzl, C a n t e l / Quezaltenango Guatemala C.A.

Mit Freude bringe ich schließlich allen meinen Mitbürgern zur Kenntnis, daß Dr. Frick Julian, seit einiger Zeit Oberarzt an der Urologischen Klinik in Innsbruck ist.

Wir gratulieren Herrn Dr. Frick zu diesem Aufstieg unsso herzlicher, als wir wissen, daß die Leoganger Patienten in der Innsbrucker Klinik durch ihn besonders gut aufgehoben und betreut sind.

Mit diesen angenehmen Mitteilungen verabschiede ich mich für dieses Jahr, hoffend, daß das kommende Jahr keine Verschlechterungen bringen möge. Ihnen allen sollen nach einem gesegneten Weihnachtsfest und einem besinnlichen Jahreswechsel auch im kommenden Jahr viele Tage der Freude und der Zufriedenheit beschieden sein.

Ihr Bürgermeister